Nr. 11. XXX. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Montag, 7. Januar 1901.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Die Aufgaben der Landtagssession.

Wie die gegenwärtige Reichstagssession, wenn sie in die Lage kommt, mit dem Zolltarif sich zu beschäftigen, von grundlegender Bedeutung für die Reichspolitik, so wird auch die am morgigen Dienstag anhebende Session des preußischen Landtages von entscheidendem Einfluß auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse des größten deutschen Bundesstaates sein.

Nach dem in den letzten Jahren leider bemerklichen ziel- und planlos erscheinenden Hin- und Herschlingern des Staatsschiffs auf den Wogen der Parteibestrebungen ist die Regierung jetzt in der Lage, das beschädigte Steuer wiederherzustellen und, wenn sie sonst will, den sicheren Kurs einzuschlagen, den ihr die freilich von ihr selbst größtentheils geschaffenen Verhältnisse der letzten Jahre zu steuern untersagten.

Die Umstände sind der Regierung günstig: Angesichts der reichen Ueberschüsse des preußischen Staatshaushaltes bedarf sie in dieser Session besonderer Bewilligungen, die zur ängstlichen Rücksichtnahme auf diese oder jene Partei zwängen, nicht. Für die einzige Vorlage, zu deren Durchbringung die Regierung das Bewilligungsrecht des Landtages in größerem Umfange in Anspruch nehmen muß, hat das Kabinet die große Mehrheit des Volkes hinter sich, also dem Parlament gegenüber einen moralischen Rückhalt, dessen richtige Ausnutzung ihr den Sieg auf der ganzen Linie verbürgen muß. Auch wichtige Gesetze reformatorischen Charakters unterliegen der Beschlußfassung des Landtages diesmal nicht. Auch auf diesem Felde also bedarf die Regierung nicht der Zustimmung der einen oder anderen Partei, die mit besonderem Entgegenkommen bei anderen Vorlagen erkauft werden müßte. Von der zum Schaden des Staates und der Autorität der Regierung nun seit mehr als einem Jahrzehnt betriebenen do ut des-Politik kann das preußische Ministerium sich jetzt losmachen. Ob es dazu entschlossen sein wird?

Zweifellos wird der Beseitigung dieser Schacherpolitik nicht nur von denjenigen parlamentarischen Parteien widerstrebt werden, die dabei ihre Rechnung gefunden haben und sie auch weiter zu finden wünschen. Auch von anderer Seite her werden dem leitenden Minister, dem wir die Neigung zur Benutzung dieser günstigen Gelegenheit immer zutrauen, Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Bei der bisherigen Geschäftspolitik hat neben den Reaktionsparteien auch ihr heimlicher Gönner, der eben um dieser Eigenschaft willen im Ministerium bisher den Ton angab, sich wohl befunden. Herr v. Miquel ist nicht der Mann, auf die überragende Stellung im Kabinet, die er unter dem greisen Hohenlohe sich zu erringen gewußt, um der von Lenbach jüngst gepriesenen schönen Augen des neuen Präsidenten des Staatsministeriums willen artig zu verzichten. So wird Graf Bülow dann in dieser Session zu zeigen haben, wer der Stärkere von den beiden Präsidenten des Staatsministeriums ist. Leicht wird es ihm gewiß nicht werden, Herrn v. Miquel dahin zu bringen, daß er sich resignirt hinter den Satz vom Klügeren, der nachgiebt, zurückzieht. Jedenfalls wird der von phychologischen Gesichtspunkten aus unvermeidliche Kampf erweisen, ob Graf Bülow wirklich das ist, was er im Reichstage zu sein nachdrücklich behauptete: der allein leitende Minister. Ist er's im Reiche, so muß er's auch in Preußen sein, eins bedingt das andere.

Der nothwendige Kampf zwischen den beiden Ministern wird auf dem Boden der Vorlage ausgefochten werden, die außer dem Etat bisher allein als Vorlage der Regierung für diese Landtagssession offiziell angekündigt ist und nach offiziöser Versicherung im Parlament „bald" nach seiner Eröffnung, das heißt wohl nach der Etatsberathung, eingebracht werden soll. Dieser Gesetzentwurf, die Mittellandkanalvorlage, wird allem Anschein nach eine erheblich erweiterte Gestalt zeigen: die Umtaufung, die ihr neuerdings seitens der Regierung zu Theil geworden ist — sie heißt jetzt offiziös „wasserwirthschaftliche Vorlage" —, läßt darauf schließen, daß die Meldungen wenigstens theilweise richtig sind, die von einer Einbeziehung des masurischen Kanalprojektes und des Moselkanalisirungsplanes in die Vorlage zu berichten wußten. Uns würde eine solche Erweiterung der Vorlage wenig zweckzeit erfolgten Verlautbarungen darthun, noch keineswegs spruchreif; und dieser Umstand müßte die Schwierigkeiten, die man der Vorlage von der Gegenseite machen wird, nur vermehren. Wenn die Berechtigung der erwähnten beiden Projekte der Regierung erwiesen scheint, so hat sie es immer in der Hand, dem Landtage besondere Vorlage darüber zu machen, ohne eine Ablehnung befürchten zu müssen.

Wie dem aber auch sei, ob die Kanalvorlage nun in erweiterter Gestalt erscheint oder nicht, das eine ist sicher, daß es einer festen und unverrückbaren Haltung der Regierung bedürfen wird, um den ersten Spatenstich zum Mittellandkanal in absehbarer Zeit möglich zu machen. Die Nothwendigkeit des Mittellandkanals ist nachgerade wohl keinem unbefangenen Beurtheiler mehr fremd. Diejenigen, die sich gegen diese Nothwendigkeit sperren, lassen sich eben hier wie überall sonst von ihren Sonderinteressen, die sie gefährdet glauben, zum Widerstande gegen das Wohl der Allgemeinheit treiben. Ihren Widerstand zu besiegen, wird die Regierung als eine Aufgabe ansehen müssen, vor der es kein Zurückweichen giebt. Die nächsten Wochen werden es lehren, ob die preußische Staatsregierung Willens ist, das Vertrauen der Bevölkerung, daß sie durch ihre Nachgiebigkeit gegen die agrarischen Schreier arg vermindert hat, sich wieder zu erwerben. Für den Grafen Bülow ist die Durchbringung der Kanalvorlage eine Lebensfrage.

Freilich nicht in dem Sinne, daß ihre Ablehnung unbedingt das Ende seines Ministerdaseins bedeuten würde, wohl aber in dem Sinne, daß das Scheitern der Kanalvorlage ihn des Vertrauens beim Volke berauben würde, das er als Staatssekretär des Auswärtigen und als Reichskanzler sich erfreulicherweise in nicht unerheblichem Maße zu gewinnen verstanden hat. Ein Desaveu des Herrn v. Miquel durch den leitenden Minister in Preußen würde diesem auch in Preußen das Relief geben, das der Kanzler im Reiche durch die Zurechtweisung des Grafen Posadowsky, der den „Miquel im Reiche" zu spielen nicht übel Lust zu haben schien, sich verschafft hat. Es braucht nicht in dürren Worten abgefaßt zu sein wie die Korrektur Posadowskys. Die Durchbringung der Kanalvorlage durch ein entschiedenes Auftreten des leitenden Ministers würde an sich schon ein solches Desaveu bedeuten.

Vor der Kanalvorlage wird sich der Landtag mit dem preußischen Etat zu beschäftigen haben. Die Etatsberathung wird diesmal auch zu interessanten und nothwendigen Erörterungen nicht nur finanzpolitischer, sondern auch verwaltungstechnischer Natur Veranlassung genug bieten. Fragen, wie die Kohlensyndikatsfrage, die auch den Landtag angeht, die Angelegenheit der Kriminalpolizei, die Censurverbote, der Lehrermangel auf dem Lande und in den Städten, die D-Wagenangelegenheit, die Erörterungen über die Schulkonferenz und viele andere in der Tagespresse schon erörterte Gegenstände, wird das Kaleidoskop der Etatsreden eingehend behandelt zeigen.

Außer diesen bereits feststehenden Vorlagen sind noch mehrere andere mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwarten, so eine Vorlage betreffend die Neuordnung der Provinzialdotationen, die kaum großen Schwierigkeiten begegnen dürfte, und die Vorlage betreffend die Schaffung eines besonderen Oberpräsidiums für Berlin, die zu lebhaften Erörterungen führen wird. Die übliche Sekundärbahnvorlage wird nach unseren Informationen wie in früheren Jahren auch diesmal noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Ist danach der Arbeitsstoff für die preußische Landesvertretung der Zahl der Gegenstände nach nicht allzu reichlich, so wird dies aufgewogen durch die Bedeutung und Weitschichtigkeit der Kanalvorlage, deren Erledigung dieser Landtagssession eine besondere und seltene Bedeutung verleihen wird. Wir schließen unsere Darstellung der Aufgaben der Landtagssession mit dem ernsten Wunsch, daß der große Moment, der das segensreiche Werk des Mittellandkanals gebären soll, kein kleines Geschlecht finden möge, weder auf den Bänken der Volksvertretung, noch am Regierungstische.

* * *

Dem Landtage werden noch in den ersten Tagen, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ein Jagdgesetz sowie der Gesetzentwurf betreffend Ergänzung der Gesetze über die Errichtung von Marksteinen vom 7. Oktober 1865 und 7. April 1869 zugehen.

---

* Die Zahl der **Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft,** die sich in Deutschland zu Gunsten der Fortsetzung der **Caprivischen Handelsvertragspolitik** und in Verbindung damit gegen eine Erhöhung der Brodgetreidezölle ausspricht, vermehrt sich fortgesetzt. Männer wie Lujo Brentano, Heinrich Dietzel, Walther Lotz, v. Schulze-Gävernitz, Sombart — so führt die „Nation" in ihrer neuesten Nummer aus — haben schon vor geraumer Zeit aus ihrer vertragsfreundlichen Stellung und aus ihrer Verwerfung höherer Brodgetreidezölle kein Hehl gemacht. Kürzlich hat dann bekanntlich auch Professor Conrad in Halle in einer Publikation des Vereins für Sozialpolitik seine sorgfältig begründete Ansicht gegen die Erhöhung der Brodgetreidezölle niedergelegt, und diese Schrift des Vereins ist von dem Vorsitzenden Professor Schmoller zum lebhaften Mißvergnügen der Agrarier dem Reichskanzler persönlich überreicht worden. Von einem der hervorragendsten Nationalökonomen Deutschlands, Albert Schaeffle, dem früheren österreichischen Handelsminister, sind wir in der Lage, ebenfalls mittheilen zu können, daß er im Wesentlichen den Standpunkt theilt, den die anderen erwähnten Professoren der Nationalökonomie in dieser gegenwärtig wichtigsten Frage der praktischen Volkswirthschaft einnehmen. Schaeffle schreibt auf eine Bitte, sich in der „Nation" gutachtlich zu äußern, Folgendes:

„Von der Erfüllung Ihres Wunsches würde mich ein innerer Grund nicht abhalten, denn wie ich seinerzeit lebhaft für die Caprivischen Verträge eingetreten bin, könnte ich es auch für deren wesentliche Erneuerung thun. Meine Ansicht hat sich inzwischen weder im Allgemeinen, noch was speziell die Getreidezölle betrifft, irgendwie geändert."

Wir glauben, daß wenn die Regierung einmal eine Enquete bei sämmtlichen Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft in Deutschland veranstaltete, wie sie zu der Frage der Erneuerung der Handelsverträge und insbesondere zu der Frage der Erhöhung der Getreidezölle stehen, mit sehr wenigen Ausnahmen die gesammte Wissenschaft sich gegen die agrarischen Forderungen, auch in der sogenannten bescheideneren Form des Grafen Klinckowström, erklären würde.

---

* Aus der **Rechtsprechung des Reichsgerichts** ist eine Entscheidung der jüngsten Zeit, wie Justizrath Staub in der „Deutschen Juristenzeitung" mittheilt, deshalb bemerkenswerth, weil sie Stellung nimmt zu der bei Gelegenheit der Zinsenübergangsfrage von so vielen Seiten aufgestellten neuen Theorie, wonach der Verzug ein neues Schuldverhältniß begründe, in-

---

Die Hohkönigsburg im Elsaß.

Eine Stimme aus dem Elsaß.

Der Plan, die Hohkönigsburg zu erneuern beziehungsweise zu erhalten, hat zu einer Vorlage an den Reichstag geführt, wonach die Kosten, etwa anderthalb Millionen, zwischen dem Reich und dem Reichsland getheilt werden sollen. Ueber das, was mit der Hohkönigsburg geschehen soll, sind die Ansichten getheilt. Wir geben im Folgenden einer Stimme aus dem Elsaß das Wort:

In der letzten Zeit hat man wiederholt eine Frage behandelt, die demnächst durch die Vertretung des deutschen Volkes im Reichstage ihre Lösung finden wird. „Soll die Hohkönigsburg neu aufgebaut werden?" Wenn auch die reichsländische Regierung, wie in dem Entwurf des Landeshaushaltsetats für Elsaß-Lothringen vorgesehen ist, die eine Hälfte der Baukosten übernehmen soll, so wird es doch in erster Linie darauf ankommen, wie sich der Reichstag zu der ganzen Frage stellt.

Angesichts dieser Sachlage dürfte ein kurzer Rückblick auf die Vergangenheit der Hohkönigsburg selbst und auf den Stand der Burgbauangelegenheit besonders zeitgemäß erscheinen, denn es ist wohl anzunehmen, daß, wenn die maßgebenden Fachleute in dieser Angelegenheit auch völlig orientirt sind, das Laienpublikum doch bis jetzt nur wenig über die Hohkönigsburg weiß.

Wenn man, von Straßburg mit der Bahn kommend, sich Schlettstadt nähert, erblickt man auf dem Kamme der Vogesenkette in gerader Linie über Schlettstadt einen gewaltigen dreikantigen Kegel, dessen Seiten künstlich abgeschrägt erscheinen; und darauf sieht man deutlich zerfallene, mächtige Mauern, hier und da überwuchert von Moos und Gestrüpp. Das sind die Ueberreste der einst so stolzen Hohkönigsburg, im Mittelalter eine der stärksten Festen der Rheinlande.

Die Burg ist zu allen Zeiten von hoher Bedeutung gewesen, weil sie ein trutziges Bollwerk gegen den Westen bildete, und alle ihre Besitzer — sie hat im Laufe der Jahre deren viele gehabt — haben ihre Bedeutung auch gewürdigt; so bezeichnen die Habsburger in Innsbrucker Urkunden vom Jahre 1533 die Hohkönigsburg als ihr „Orthaus". Die Burg hat natürlich viel Schicksalsstürme über sich ergehen lassen. Zum letzten Male zerstört wohl 1633 durch die Schweden, lag sie seitdem zerfallen da, bis sie durch die Stadt Schlettstadt, ihre letzte Eigenthümerin, im Mai des Jahres 1899 dem deutschen Kaiser zum Geschenk gemacht wurde. So waren die Reste der einst so stolzen Hohkönigsburg wieder in den Besitz eines deutschen Kaisers gekommen, und bei der Liebe zur Kunst und dem hohen Sinn für die Erhaltung geschichtlicher Denkmäler gerade dieses Kaisers war es nicht zu verwundern, daß der Gedanke rege wurde, diese Burg als ragendes Denkmal deutscher Geschichte im Elsaß der Nachwelt zu erhalten.

Eine solide Denkmalspflege hat den Grundsatz: auszubauen, wo eine Erhaltung auf anderem Wege mit Erfolg nicht durchzuführen ist. So liegt die Sache wohl bei der Hohkönigsburg, zu deren Aufbau, nachdem der Kaiser aus seiner Privatschatulle für die Erforschung der Burg und zu den Vorarbeiten die Summe von 100,000 Mark gespendet hat, nunmehr Mittel aus Reichsfonds verlangt werden.

Inzwischen haben Fachleute auf dem Gebiete des Burgenbaues die Angelegenheit eingehenden Prüfungen unterzogen und sind dabei, wie das ja so in unserer treffsichsten aller Welten vorkommen soll, zu ganz entgegengesetzten Ansichten gelangt. Die natürliche Folge war die berühmte Flucht in die Oeffentlichkeit, bestehend zunächst in einer Broschüre, die einen auf dem Gebiete der Alterthumskunde als wohl bewandert geltenden ehemaligen Juristen, Herrn Hofrath Otto Pieper in München, zum Verfasser hat, und welche der Verfasser selbst eine kritische Studie nennt. In den Ausführungen des Herrn Pieper finden sich indessen Behauptungen, die auch dem Nichtfachmanne auffallen, und die der mit den Verhältnissen einigermaßen Vertraute wohl zu widerlegen vermag. So sagt der Verfasser der Broschüre: „Soll die Hohkönigsburg neu aufgebaut werden" an mehr als 20 Stellen, daß man nicht weiß, wie die Burg früher ausgesehen hat, daß „nahezu kein Stein vermauert, kein Holzstück befestigt, kein Pinselstrich gethan werden kann, ohne die mehr oder weniger vollständige Ungewißheit darüber, wie das früher gewesen sein möge", daß man günstigen Falles vielleicht hier und da gerade das ungefähr Richtige treffen könne, daß in den verschiedenen Archiven überhaupt nichts darüber existirt.

Herr Pieper hat sich ohne Zweifel die denkbar größte Mühe gegeben, um in den Archiven nach Urkunden zu suchen, die für die Architektur der Hohkönigsburg als Unterlagen hätten dienen können. Er hat nichts gefunden. Das schließt aber durchaus nicht aus, daß ein Anderer solche Urkunden dennoch gefunden hat, und in der That wird versichert, daß Herr Ehhard in den Archiven von Innsbruck, Straßburg, Kolmar, Basel, Wien, Nancy u. s. w. eine ganze Anzahl solcher Urkunden gesammelt hat, die zusammen mit den erhaltenen architektonischen Formen und den sehr zahlreichen Funden ziemlich genaue Anhaltspunkte über die Bauart der Hohkönigsburg geben.

Ueber die spätere Bestimmung der ausgebauten Burg als Museum ist man sich noch augenscheinlich auch nicht ganz klar, wenn man davon spricht, daß dieses Museum denen in Straßburg und Kolmar Konkurrenz machen soll. Es wird offenbar gar nicht beabsichtigt, eine Sammlung von Alterthümern hier aufzustapeln und sie, wie dies in Museen geschieht, dem Publikum hübsch registrirt dem Jahrgang nach vor Augen zu führen. Die ganze Burg an sich soll wohl mit all ihren inneren Einrichtungen gewissermaßen als Stück eines Weltmuseums wirken durch eine möglichst getreue Ausstattung der Innenräume, durch ihr Inventar u. s. w., wozu natürlich die Fundstücke benutzt werden sollen. Daß das keine Konkurrenz der Museen von Straßburg und Kolmar ist, dürfte klar sein, und damit ist wohl auch eine Aeußerung des Herrn Pieper widerlegt, die da sagt: „Sollte dereinst das fertige Museum, zu welchem die Burg benutzt werden soll, nach gestillter Neugierde nur noch wenig besucht werden, so werden die Leute sich wieder nach ihrer alten Ruine zurücksehnen." Das steht wohl nicht zu befürchten, überhaupt beurtheilt Herr Pieper die Stimmung im Elsaß über den projektirten Ausbau der Hohkönigsburg nicht richtig, wenn er sagt, daß die umwohnende Bevölkerung noch im März 1900 dringend gewünscht hat, die Ruine unverändert zu erhalten, und daß diese Bevölkerung erst später mit dem Neubau wegen anderer Interessen ausgesöhnt worden ist. Es soll gewiß nicht in Abrede gestellt werden, daß es einzelne Leute giebt, welche den Ausbau der Burg nicht gern sehen, und auch solche, denen die ganze Angelegenheit ganz gleichgiltig ist. Diese befinden sich jedoch in solch verschwindender Minderzahl, daß sie in der großen Masse anders Denkender kaum zu sehen oder zu hören sind. Und nicht nur wegen des zu erwartenden stärkeren Fremdenzuflusses oder wegen des mit dem Bau zusammenhängenden guten Verdienstes herrscht im Elsaßlande viel Stimmung für den Ausbau der Burg.